

## **Antrag**

**der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Bernd Schattner, Dr. Harald Weyel, Dr. Malte Kaufmann, Edgar Naujok, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Gereon Bollmann, Dirk Brandes, Marcus Bühl, Petr Bystron, Dr. Gottfried Curio, Dr. Michael Ependiller, Markus Frohnmaier, Kay Gottschalk, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Michael Kaufmann, Stefan Keuter, Rüdiger Lucassen, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die globalen Agrarmärkte – Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die insbesondere durch die Corona-Krise und die explodierenden Energiepreise verursachte globale Ernährungskrise, die zuletzt durch den Angriff Russlands auf die Ukraine verschärft wurde, hat die Risiken großer Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten auf erschreckende Art und Weise verdeutlicht (<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/teure-lebensmittel-die-globale-ernaehrungskrise-verschaerft-sich-und-bringt-inflation-und-hunger/28077754.html>). Angesichts drohender Engpässe bei Lebensmitteln sowie extremen Preissteigerungen, ist die Gewährleistung von Ernährungssicherheit so wichtig wie nie zuvor.

Insgesamt lag der Selbstversorgungsgrad für Nahrungsmittel in Deutschland zuletzt nur noch bei 88 Prozent mit Erzeugung aus Auslandsfutter beziehungsweise bei 80 Prozent ohne Erzeugung aus Auslandsfutter (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 29 des Abgeordneten Stephan Protschka auf Bundestagsdrucksache 20/350). Nur bei Weichweizen, Gerste, Kartoffeln, Zuckerrüben sowie Schweinefleisch und Milch ist Deutschland noch Selbstversorger. Deutschland ist also bereits im erheblichen Maße von Nahrungsmittelimporten abhängig, um den eigenen Bedarf zu decken.

Dazu kommt, dass die wertvollen landwirtschaftlich nutzbaren Böden eine knappe Ressource sind und durch den nach wie vor anhaltenden hohen Flächenverbrauch täglich abnehmen, obwohl immer mehr Menschen davon ernährt werden müssen. Allein in den vergangenen 30 Jahren wurden in Deutschland 1,4 Millionen Hektar Agrarfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke durch Verbauung vernichtet.

Um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Deutschland zu gewährleisten, müssen die Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln – nach Schweizer Vorbild – geschaffen werden. Dabei sollten die Sicherung der Agrarflächen als Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion, eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion, eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft, der Einfluss grenzüberschreitender Handelsbeziehungen auf die heimische Landwirtschaft sowie der ressourcenschonende Umgang mit Lebensmitteln berücksichtigt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln die Voraussetzungen zu schaffen für:

- a. die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;
- b. eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;
- c. eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;
- d. grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- e. einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

Berlin, den 14. März 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## Begründung

Ernährungssicherheit bedeutet, dass Menschen zu jeder Zeit ausreichend mit Lebensmitteln versorgt sind, um ein aktives und gesundes Leben zu führen ([https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/Stellungnahme-Ernaehrungssicherung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/Stellungnahme-Ernaehrungssicherung.pdf?__blob=publicationFile&v=2), S. 3). Ernährungssicherheit ist ein fundamentales Menschenrecht (<https://www.bpb.de/themen/globalisierung/welternaeherung/178491/menschenrecht-auf-nahrung/>; <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte-60138>). Die Krisen wie Corona, die explodierenden Energiepreise und zuletzt der Angriff Russlands auf die Ukraine verdeutlichen, wie abhängig wir von internationalen Lieferketten sind und wie sehr unsere Ernährungssicherheit dadurch gefährdet ist (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/michaela-kaniber-will-unabhaengiger-von-lebensmittel-importen-werden,Sz07j5G>).

Der Selbstversorgungsgrad für Nahrungsmittel in Deutschland lag im Berichtsjahr 2019/2020 nur bei 88 Prozent mit Erzeugung aus Auslandsfutter beziehungsweise bei 80 Prozent ohne Erzeugung aus Auslandsfutter (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/003/2000350.pdf>, S. 17f.). Deutschland musste also zusätzlich Nahrungsmittel importieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Nur bei Weichweizen (125 %), Gerste (113 %), Kartoffeln (145 %), Zuckerrüben (143 %) sowie Schweinefleisch (121 %) und Milch (117 %) ist Deutschland aktuell Selbstversorger. Besonders dramatisch ist der Selbstversorgungsgrad bei Hartweizen, welcher beispielsweise zur Herstellung von Teigwaren verwendet wird, mit 15 Prozent sowie bei Obst (22 %) und Gemüse (36 %) (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1189562/umfrage/selbstversorgungsgrad-in-deutschland-mit-getreide-nach-art/#:~:text=Selbstversorgungsgrad%20bei%20Getreide%20in%20Deutschland%20nach%20Art%202020%20F21&text=Insgesamt%20lag%20der%20Selbstversorgungsgrad%20bei,Selbstversorgungsgrad%20hier%20bei%20125%20Prozent.>; <https://www.bmel-statistik.de/ernaehrung-fischerei/versorgungsbilanzen>; [https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Daten-Berichte/Fleisch/2021BerichtFleisch.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BZL/Daten-Berichte/Fleisch/2021BerichtFleisch.pdf?__blob=publicationFile&v=2), S. 32). Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) betrug die rechnerische Importmenge von Nahrungsmitteln (ohne importierte Futtermittel) in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2017/2018 rund 360 kg/Person (Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/21587, Ernährungsnotfallvorsorge). Die Importabhängigkeit steigt an, wenn in besonders schlechten Jahren die Erträge sinken oder durch die politisch gewollte Extensivierung der Landwirtschaft die inländische Erntemenge insgesamt zurückgeht.

Zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehören die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung und bei gleichzeitiger Verhinderung eines Biodiversitätsverlustes. Bis 2050 wird die Weltbevölkerung um knapp zwei Milliarden auf etwa zehn Milliarden Menschen anwachsen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1717/umfrage/prognose-zur-entwicklung-der-weltbevoelkerung/>). Weltweit sind bereits heute etwa 283 Millionen Menschen vom Hunger bedroht und 45 Millionen stehen kurz vor einer Hungersnot (<https://www.rnd.de/politik/hunger-in-der-welt-45-millionen-menschen-akut-bedroht-laut-david-beasley-SDUMIJPJJ4V6MXIHOHMDHWXYBM.html>). Aber auch in Deutschland sind immer mehr Menschen, insbesondere Kinder aus Hartz-IV-Haushalten und Rentner, nicht in der Lage, sich „angemessen und in Würde zu ernähren“, wie die langen Warteschlangen bei den zahlreichen Tafeln leider belegen (<https://www.fian.de/was-wir-machen/themen/ernaehrungsarmut-in-deutschland/>).

Der gegenwärtig in der Agrarpolitik eingeschlagene Weg hin zu einer flächendeckenden Extensivierung und der damit verbundenen steigenden Importabhängigkeit verlagert die landwirtschaftliche Produktion zunehmend in Länder, in denen deutlich niedrigere Umweltstandards gelten. Außerdem führt jeder Produktionsrückgang in der Landwirtschaft – egal ob bei uns oder woanders – zu höheren Lebensmittelpreisen, was wiederum vor allem für die ärmsten Menschen der Welt fatale Auswirkungen hat. Angesichts des weiter steigenden weltweiten Lebensmittelbedarfs führt kein Weg an einer Steigerung der Produktivität je Hektar vorbei. Zumindest dann nicht, wenn die vorhandenen Agrarflächen nicht drastisch ausgeweitet werden sollen, wofür überwiegend Wälder gerodet werden müssten.

Eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft zur Optimierung der Flächenproduktivität des Pflanzenbaus wird künftig also immer wichtiger und steht auch im Einklang mit den Belangen des Umwelt- und Artenschutzes. Wissenschaftliche Studien belegen, dass sich ein größerer Flächenverbrauch schlechter auf die Artenvielfalt auswirkt als eine intensive Landwirtschaft auf weinger Fläche (Balmford, A., 2021, Concentrating vs. spreading our footprint: how to meet humanity's needs at least cost to nature. *Journal of Zoology* 315 (2), 79 – 109; Tschamtko,

T. & Grass, I. & Wanger, T. & Westphal, C. & Batáry, P., 2021, Beyond organic farming – harnessing biodiversity-friendly landscapes. *Trends in Ecology & Evolution* 36 (10), 919 – 930). Eine andere wissenschaftliche Studie belegt zudem, dass knapp die Hälfte der weltweiten Anbauflächen ausreichen würde, um die derzeitigen Produktionsmengen zu erzielen. Dabei würde es zu sinkenden Preisen und einem Anstieg der Produktion kommen, was sich positiv auf die Ernährungssicherung auswirken würde (<https://moderner-landwirt.de/ludwig-maximilians-universitaet-muenchen-weltweit-koennte-die-landwirtschaftliche-anbauflaeche-fast-halbiert-werden/>).

Im Landwirtschaftsgesetz (LwG §1) ist festgelegt, dass der Staat die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Ernährungsgütern und die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft sichern muss. Damit dies künftig mit den Belangen des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen sowie des Tierschutzes besser in Einklang gebracht werden kann und zu verhindern das die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln bei Abwägungsentscheidungen ins Hintertreffen gerät, ist es erforderlich, die Voraussetzung für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen.

Die Agrarpolitik ist richtet sich zunehmend nur noch auf die Ziele Umwelt- und Ressourcenschutz aus und die landwirtschaftliche Produktion rückt mehr und mehr in den Hintergrund. So hat die neue Bundesregierung beispielsweise den ökologischen Landbau zu ihrem Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft gemacht (<https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/05-oekolandbau-bekanntmachungen.html>). Je weniger Agrargüter wir jedoch in Deutschland erzeugen, desto höher wird unser Importbedarf aus dem Ausland, wo in der Regel deutlich niedrigere Umwelt- und Tierschutzstandards wie bei uns gelten. Zahlreiche von der Bundesregierung beabsichtigte Maßnahmen, wie beispielsweise die pauschale Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes oder die Verringerung der Tierzahlen, zielen darauf ab, einen vermeintlichen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie des Tierschutzes zu leisten, werden aber vor allem auch den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in Deutschland weiter senken ([https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-ausbau-photovoltaik-freiflaechenanlagen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-ausbau-photovoltaik-freiflaechenanlagen.pdf?__blob=publicationFile&v=12); <https://www.agrarheute.com/politik/50-prozent-weniger-pflanzenschutz-eu-gesetz-590108#:~:text=Mit%20dem%20sogenannten%20Green%20Deal,Vorgabe%20in%20den%20Raum%20gestellt.>). Das führt dazu, dass Umwelt- und Tierschutzprobleme im Zweifel exportiert und die Importabhängigkeit von Nahrungsmitteln noch weiter vergrößert wird. Um die heimische Ernährungssicherheit zu stärken und künftig zu verhindern, dass die Ernährungssicherheit bei Abwägungsentscheidungen gegenüber dem Tierschutz und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ins Hintertreffen gerät, erscheint die Schaffung der Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit einem angemessenen Selbstversorgungsgrad notwendig.